

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Joseph Fischer (Frankfurt), Rezzo Schlauch, Christa Nickels, Dr. Antje Vollmer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1429 –

Sicherung der Staatsferne und der Rundfunkfreiheit im Deutschland-Radio

A. Problem

Mit dem Antrag, Sicherung der Staatsferne und der Rundfunkfreiheit im Deutschland-Radio auf Drucksache 13/1429 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ihre staatliche Einflußnahme auf die Gremien des Deutschland-Radios durch Sendung von Vertretern des Bundes in den Hörfunkrat und in den Verwaltungsrat des Deutschland-Radios zu unterlassen und sich auf den Konferenzen des Bundes und der Länder für die Sicherung der Staatsfreiheit des Deutschland-Radios durch eine entsprechende Änderung des Staatsvertrages über die Körperschaft des öffentlichen Rechts Deutschland-Radio vom 17. Juni 1993 einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/1429 abzulehnen.

Bonn, den 12. November 1997

Der Innenausschuß

Hartmut Büttner (Schönebeck)
Stellvertretender Vorsitzender

Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Berichterstatter

Thomas Krüger
Berichterstatter

Rezzo Schlauch
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatte

Bericht der Abgeordneten Hans-Otto Wilhelm (Mainz), Thomas Krüger, Rezzo Schlauch, Dr. Max Stadler und Ulla Jelpke

Der Antrag der Abgeordneten Joseph Fischer (Frankfurt), Rezzo Schlauch, Christa Nickels, Dr. Antje Vollmer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sicherung der Staatsferne und der Rundfunkfreiheit im Deutschland-Radio – Drucksache 13/1429 (18. Mai 1995) wurde in der 197. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Oktober 1997 dem Innenausschuß zur

federführenden Beratung überwiesen; mitberatende Ausschüsse sind nicht beteiligt. Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 29. Oktober 1997 ohne Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS zur Ablehnung empfohlen.

Bonn, den 12. November 1997

Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Berichterstatter

Thomas Krüger
Berichterstatter

Rezzo Schlauch
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatte